Nr. 30

DAS ROTE TUCH

FÜR EINE SOZIALISTISCHE ZUKUNFT

15. April 2011 ArbeiterInnen aller Länder, vereinigen wir uns! (Karl Marx) Preis: 0,50 €

Die Preise steigen und steigen… und die Löhne???

Wie vielen ergeht es so: Man bekommt die Rechnung für Miete und Strom, geht einkaufen und tanken... und schon ist das Geld für den Monat weg. Denn die Preise steigen und steigen – immer mehr und immer schneller.
Ob Heizöl oder Diesel, Kartoffeln, Brot oder Kaffee... viele unverzichtbaren Dinge sind in den letzten Monaten massiv teurer geworden. Sie kosten 10%, 20% oder sogar 30% mehr als noch vor einem Jahr.

Unsere Löhne und Renten aber sind bei diesem Wettlauf nicht dabei. Die steigen nicht um 10%, sondern um mickrige 1% oder im besten Fall um 2 oder 3% im Jahr. Von unserem Lohn können wir uns damit immer weniger kaufen. Unsere Kaufkraft schmilzt zusammen.

Seit Jahren schon sind durch steigende Preise und Abgaben unsere Löhne und Renten real gesunken. Unsere Reallöhne sind heute mehrere hundert Euro weniger wert als noch vor wenigen Jahren. Für viele Arbeiterfamilien ist es bereits jetzt schwierig, am Monatsende über die Runden zu kommen.

Doch die derzeitigen Preisexplosionen drohen, unsere Lage schnell und bedeutend weiter zu verschlechtern. In den letzten Monaten sind die Preise für Lebensmittel und Energie bereits schneller gestiegen als die ganzen letzten Jahre zuvor. Und quasi alle Branchen haben schon angekündigt, dass sie in den nächsten Monaten ihre Preise weiter erhöhen wollen.

Die Unternehmen geben die Preiserhöhungen nämlich weiter. Die Textilkonzerne zum Beispiel müssen demnächst mehr für Baumwolle und Leder zahlen.

Steigende Preise

Ja, ja ... Obst ist gut für die Gesundheit ...

der Profite !

+ 11%

Und sogar schon, bevor die alten Lieferverträge ausgelaufen sind und sie diese höheren Rohstoffpreise wirklich zahlen müssen, erhöhen H&M, Adidas und Co. bereits ihre Preise für Kleidung und Schuhe um 10%. Auf diese Weise sorgen die Konzerne dafür, dass sie in keiner Weise unter den steigenden Preisen leiden, dass sie trotz steigender Rohstoff- und Energiepreise weiterhin Milliarden Gewinn machen.

Und jedes große Unternehmen macht es so: Die Stahlkonzerne zum Beispiel zahlen mehr für die Eisenerze und für den Strom und erhöhen deshalb die Stahlpreise. Die Autofirmen kaufen den teureren Stahl, und erhöhen dementsprechend die Preise für Autos und Ersatzteile.
Alle Unternehmen erhalten ihre Gewinne, indem sie die Preiserhöhungen an ihre Käufer weitergeben... bis die Kette schließlich bei uns, bei den Verbrauchern angekommen ist. Wir zahlen für alle Produkte mehr... doch wir können die höheren Preise an niemanden weitergeben.

Wir haben daher nur eine Chance, um unsere Kaufkraft zu erhalten: Wir brauchen höhere Löhne!

Und vor allem reicht es nicht mehr, dass unsere Löhne alle ein oder zwei Jahre nach Tarifverhandlungen steigen. Die Preise steigen derzeit so schnell, dass die Löhne gerade erst erhöht wurden, und schon kommen die nächsten Preissteigerungen.

Wir können aber kaum unserem Vermieter, Stromanbieter oder der Tankstelle sagen: „Ich kann ihnen die höheren Preise leider erst in 11 Monaten zahlen, da bekomme ich eine Lohnerhöhung.“ Die höheren Preise müssen wir sofort zahlen.

Deshalb müssen wir es schaffen durchzusetzen, dass jedes Mal, wenn die Preise steigen, auch automatisch unsere Löhne entsprechend erhöht werden. Nur so können wir erreichen, dass wir, die wir gemeinsam allen Reichtum schaffen, auf Dauer von unseren Löhnen und Renten auch leben können.

Keine Ruhe für die Herrschenden

Die Proteste in der arabischen Welt halten weiter an – trotz der brutalen Gewalt, der Erschießungen und der Folter, mit denen die Diktaturen teilweise dagegen vorgehen.
Dies gilt auch für Tunesien und Ägypten. Hier hatte die Armee nach dem Rücktritt der Diktatoren Demokratie und soziale Verbesserungen versprochen, damit die Proteste aufhören. Doch sie hat die Rechnung ohne die arbeitende Bevölkerung gemacht. Die nimmt im Gegenteil die versprochenen demokratischen Rechte in Anspruch, um gegen die neue Regierung und gegen im Amt gebliebene Anhänger des Diktators zu protestieren oder für höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen zu streiken.

Angesichts der fortgesetzten Proteste hat die ägyptische Armee nun ein Gesetz verabschieden lassen, das fast alle Demonstrationen, Sit-Ins und Streiks wieder verbietet. Wer trotz Verbot streikt, riskiert ein Jahr Gefängnis und 80.000 Dollar Strafe! Und erst am 8. April hat die Armee eine politische Demonstration auf dem Tahrir-Platz mit brutaler Gewalt aufgelöst, einen Demonstranten getötet und zahlreiche weitere verletzt.
Bislang gelingt es ihnen allerdings nicht, die ägyptische Bevölkerung einzuschüchtern und wieder zu Ruhe und Gehorsam zu zwingen. Die Streiks in verschiedenen Sektoren gehen jedenfalls derzeit weiter.

Und je weiter die Kämpfe gehen, desto mehr Erfahrungen sammelt die arbeitende Bevölkerung.
Heute erlebt sie, dass es nicht reicht, politische Führer oder Firmenchefs zu verjagen, um sie durch andere zu ersetzen, die ebenfalls aus dem bürgerlichen Lager stammen. Damit man ihnen hart erkämpfte demokratische Rechte und soziale Verbesserungen nicht wieder raubt, müssen sich die Arbeitenden in ihren Kämpfen selber eine Kontrolle über die politischen Entscheidungen, die Armee und die Unternehmen erobern.

Wahlsiege der Grünen: Kein Sieg für die Bevölkerung

Der Absturz der FDP bei den Landtagswahlen hat viele mit Genugtuung erfüllt. Schließlich ist die FDP, die so offen und arrogant eine Politik für Unternehmer und Bessergestellte vertritt, wirklich das Symbol der arbeiterfeindlichen Politik der CDU-FDP-Regierung.

Großer Gewinner aller Wahlen sind hingegen die Grünen. Was aber schlagen die für eine Politik vor? Eine Politik, die im Grunde nicht weniger arbeiterfeindlich ist – auch wenn sie sich hinter dem Etikett „Umweltschutz" verbirgt.

Man denke dabei nur an die „Umweltpolitik", die die Grünen als Teil der rot-grünen Bundesregierung unter Schröder bis vor 6 Jahren umgesetzt haben. Im Namen des Umweltschutzes haben sie damals die sogenannte Ökosteuer eingeführt, mit dem Argument: „Wenn die Leute mehr für Energie zahlen müssen, werden sie sparsamer."

Ihre Energiesparpolitik bedeutet nichts anderes, als dass die Arbeiterfamilien und Armen nicht mehr wissen, wie sie ihre Heizkosten bezahlen sollen oder die Tankfüllung für den Weg zur Arbeit… während die Reichen weiterhin in ihren spritfressenden Geländewagen, Privatjets und Luxusyachten durch die Weltgeschichte kurven und ihre 20-Zimmer-Villen heizen.

Und um dem Ganzen die Krone aufzusetzen, wurden viele große Industriebetriebe von der Ökosteuer verschont – obwohl sie die mit Abstand größten Energieverbraucher und Verursacher von Schadstoffen sind! Sie, deren wirtschaftliche Entscheidungen wirklich massiven Einfluss auf die Umwelt haben, waren von dem „Umwelt-schutz" der Grünen nicht betroffen.

In einer Klassengesellschaft wie der unseren gibt es keine „neutrale" Politik. Die Umweltpolitik der Grünen, die die Profite nicht antastet, bedeutet damit nichts anderes als eine weitere Verschlechterung für die arbeitende Bevölkerung.
Auch Umweltfragen lassen sich eben nicht getrennt von den übrigen gesellschaftlichen und sozialen Fragen angehen und schon gar nicht lösen. Doch das kümmert die Führung der Grünen weniger, solange das Thema Umwelt dabei hilft, die Umwelt der Grünen zu verbessern… mit Wähler-

Lampedusa: Zäune der Schande



Quelle: www.wdr2.de

„Freiheit, Freiheit" haben verzweifelte Flüchtlinge aus Tunesien, Libyen und anderen Ländern Nordafrikas gerufen, die zu Tausenden in Lagern auf der Insel Lampedusa eingesperrt sind. Sie haben die lebensgefährliche Fahrt über das Meer durchgestanden, um Elend und Leid zu entkommen. Doch nun werden sie unter unwürdigsten Umständen in überfüllte Lager gesperrt und dann wieder abgeschoben. Denn kein Land in Europa will sie aufnehmen.

Diese europäischen Staaten behaupten, die „Demokratie" für die Bevölkerung in Libyen, Tunesien und anderen arabischen Ländern zu verteidigen. Doch vor der eigenen Haustür verwehren sie ihnen selbst grundlegende demokratische Rechte. Denn Demokratie, das heißt zuerst einmal, sich frei bewegen und niederlassen zu können, ohne Angst um das eigene Leben haben zu müssen.
Für die arabischen Flüchtlinge aber besteht die „Demokratie" in Europa aus Stacheldraht und Maschinengewehren – ganz wie in ihrer Heimat.

Den Kapitalismus muss man abschalten

Seit die Katastrophe in Fukushima begonnen hat, leben die Menschen in Japan in ständiger Ungewissheit und Angst. Und der Stromkonzern Tepco und die Regierung tischen ihnen noch eine Lüge nach der anderen auf: Messwerte werden heruntergespielt, Informationen gelangen – wenn überhaupt – erst Tage später an die Öffentlichkeit… Wissentlich setzen sie so weiterhin Menschenleben aufs Spiel.
Die Verantwortlichen bei uns würden sich nicht anders verhalten. Erinnern wir uns doch nur, wie uns 1986 bei Tschernobyl alle europäischen Regierungen systematisch belogen haben!

Hingegen versuchen heute die Arbeiter von Tepco, Leiharbeiter und Rettungskräfte mit all ihren Kräften, das Ausmaß der Atomkatastrophe einzudämmen. Und Tepco schickt sie oft ohne ausreichende Schutzkleidung und ohne Messgerät in das Werk! Teilweise bekommen sie nur Plastiktüten und Klebeband statt Schutzstiefel.
Wegen dieser schlechten Ausrüstung liegen mehrere Arbeiter bereits mit lebensgefährlicher Verstrahlung im Krankenhaus. Und wie viele werden in den nächsten Monaten und Jahren tödlich erkranken?

Genauso skrupellos wird die Gesundheit der Anwohner aufs Spiel gesetzt. Seit Wochen raten die USA aufgrund der Messergebnisse ihren Staatsbürgern, die Zone von 80km um das AKW herum zu verlassen. Doch die japanische Regierung hat sogar wochenlang gezögert, die Evakuierungszone auch nur von 20 auf 30 km auszuweiten.
Anscheinend gibt es „wichtige“ Gründe für ihr Zögern. Vielleicht die Tatsache, dass die Gegend hoch industrialisiert ist und ein Stillstand der dortigen Fabriken weltweit die Produktion großer Fabriken zeitweise lahm legen würde?

Immer wieder wurden Entscheidungen getroffen, die aus wirtschaftlichen Gründen wissentlich die Sicherheit der Menschen gefährden. Wir kennen es doch selber: Auch bei uns schicken doch die Stromkonzerne Leiharbeiter ohne ausreichenden Schutz und Einweisung in die AKWs. Auch bei uns sparen sie an Sicherheit und Wartung und verursachen so Störfälle wie im AKW Krümel oder gefährliche Lecks wie im Endlager Asse.



Ständig gab es Störfälle im AKW Krümel, ohne Information der Bevölkerung und ohne, dass der Betreiber entsprechend in die Sicherheit investierte.

Genauso hat Tepco in Japan an der Sicherheit seiner AKWs gespart, hat technische Systeme eingebaut, die absolut nicht für stärkere Beben und Flutwellen ausgelegt waren. Bereits bei leichteren Beben traten Störfälle auf. Doch die wurden vertuscht, Sicherheits- und Reparaturprotokolle wurden gefälscht. Selbst Routinekontrollen an der veralteten Kühlung und Notstromversorgung in Fukushima wurden nicht durchgeführt – was die Regierung sehr wohl wusste.

Immer wieder hatten Ingenieure vor diesen Gefahren gewarnt. Doch ihre Berichte verschwanden im Papierkorb: Schließlich hätte Tepco sonst viel Geld in Modernisierung und Sicherheitsanlagen stecken müssen.

Solchen Leuten, die nur hinter dem Profit her sind, dürfen wir unser Leben nicht anvertrauen! Im Gegensatz zu ihnen beweisen die Arbeiter und Ingenieure Verantwortungsgefühl – überall. Oft genug bügeln sie heute schlimme Fehlentscheidungen der Unternehmen aus. Sie könnten noch viel mehr Unglück verhindern. Denn die Arbeiter und Ingenieure haben das Wissen und Können, um die Entscheidungen der Unternehmen zu kontrollieren, bessere Entscheidungen zu treffen und die Öffentlichkeit über Alles zu informieren. Doch wenn heute einer von ihnen auspackt, wird er sofort entlassen.

Die Entscheidungen fällen stattdessen die Aktionäre. Und deren Streben nach Profit begrenzt zwangsläufig die Sicherheit – denn die kostet Geld. Zwangsläufig spielen sie mit dem Risiko für die Menschen.

Heute erleben wir auf erschreckende Weise das fürchterliche Ausmaß der Folgen, die ihre Unverantwortlichkeit und ihre Profitgier haben können.

Diese Folgen sind sicherlich ganz besonders schlimm bei der Atomenergie, wo ein Unfall über so lange Zeit so viele Opfer fordern kann.
Doch im Grunde steht überall, bei jeder Energieform, jeder Branche, jedem Produkt die Sicherheit hinter dem Profit und hat mörderische Folgen. Wie viele unzählige Tote, Kranke und verseuchte Gebiete fordern all die Explosionen von Chemiefabriken, Tankerunglücke, fordern die ungeschützten Arbeiten mit Giften, mit PCB und Asbest, in Kohlegruben, AKWs, Fabriken und auf dem Bau?

Die meisten dieser Gefahren weiß man technisch zu verhindern – doch die Sicherheit ist im Kapitalismus „zu teuer“. Schlimmer noch – oft genug werden Techniken, wie die Atomenergie, in ihren Kriegen sogar absichtlich zur Verbreitung von Tod und Zerstörung eingesetzt.

Die Politiker, die sich heute angeblich über die Gefahren der Atomkraft aufregen, schweigen von dieser größten und mörderischsten Gefahr, der kapitalistischen Profitlogik. Doch erst wenn wir die abschalten, wenn wir die Produktion auch gesellschaftlich beherrschen, dann werden die größtmöglichen Sicherheitsmaßnahmen getroffen und wird die Welt sicherer werden.

Damit es für die Arbeitenden wieder bergauf gehen kann…

Seit über 120 Jahren gehen am 1. Mai weltweit Millionen Arbeiter für ihre Interessen und Forderungen auf die Straße: für höhere Löhne, bessere Arbeits- und Lebensbedingungen, für eine Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung.

Heute erleben wir auf allen Gebieten nur Verschlechterungen. Wir erleben einen Angriff und einen Sparplan der Herrschenden nach dem anderen, die uns immer weiter bergab stoßen, damit es für ihre Profite bergauf geht. Es ist lebenswichtig, dass wir dieser Entwicklung mit unseren eigenen Forderungen entgegentreten. Nur so kann es für uns wieder bergauf gehen.

Die Unternehmen und Großaktionäre müssen gezwungen werden, ihre Rekordgewinne und riesigen Vermögen zur Schaffung von massenhaft neuen, festen Vollzeitarbeitsplätzen zu verwenden. Die vorhandene Arbeit muss unter Allen aufgeteilt werden – ohne Lohnverlust.

Auch müssen davon dringend viele zusätzliche Stellen in allen Bereichen des öffentlichen Dienstes geschaffen werden, von den Altenheimen bis zu den Kitas.

Außerdem müssen wir durchsetzen, dass unsere Löhne jedes Mal automatisch steigen, sobald die Preise steigen.

Der 1. Mai ist eine Gelegenheit, um unsere Forderungen, unsere Perspektiven deutlich zu machen.

In Essen beginnt die Demonstration am 1.Mai um 10 Uhr am Frohnhauser Markt.

Wer ist schuld an den Spritpreisen?

Auf einmal hört man Merkel und Co. gegen höhere Spritpreise wettern. Nein, nicht etwa gegen die Ölkonzerne und die großen Spekulanten, die seit Monaten den Preis für Benzin und Diesel in astronomische Höhen geschraubt haben. An deren Profitgier, unter der die einfache Bevölkerung ernsthaft zu leiden hat, hat Merkel nichts auszusetzen.
Doch um in der Öffentlichkeit etwas besser dazustehen, wendet sich Merkel nun gegen die Pläne der EU, die Besteuerungsgrundlage für Diesel im Vergleich zum Benzin anzuheben. Was Merkel verschweigt: Diese Pläne – so unsinnig sie auch sein mögen – würden der Bundesregierung in keiner Weise verbieten, die Mineralölsteuer insgesamt einfach zu senken.
Wenn sie wollte, könnte die Regierung also sofort Benzin und Diesel deutlich billiger machen und damit die Arbeiterfamilien etwas entlasten. Doch Steuersenkungen macht diese Regierung nur für Unternehmen und Reiche… und nicht für Arbeiter, die zur Arbeit fahren müssen. Stattdessen spuckt Merkel lieber große Töne gegen „die Preistreiber in Brüssel“… und kassiert selber bei uns ab.

Ein Herz und eine Seele

Die großen Lebensmittelhersteller Dr. Oetker, Kraft und Unilever wurden vom Bundeskartellamt zu 38 Millionen Euro Strafe verurteilt: Sie haben sich in den letzten Jahren immer wieder bei Preiserhöhungen abgesprochen. Ob Waschmittel, Süßwaren, Tiefkühlpizza oder Tiernahrung – sie besprachen untereinander, wie man noch mehr Geld aus den Taschen der arbeitenden Bevölkerung ziehen kann. Dieselben Konzerne jammern uns ständig etwas vor von der „harten Konkurrenz“. Die „Konkurrenzfähigkeit“ der Firma ist stets das Argument, mit dem sie Lohnverzicht oder schlechtere Arbeitsbedingungen rechtfertigen. Doch hinter den Kulissen ziehen dieselben „Konkurrenten“ alle an einem Strang… um uns auszuplündern.

Küppersmühle Duisburg: Krimineller Pfusch am Bau

Lebensgefährlicher Pfusch ist beim Bau eines riesigen Stahlquaders auf dem Dach der Küppersmühle im Duisburger Innenhafen betrieben worden.

Nur dem glücklichen Umstand, dass die mit dem Bau beauftragte Stahlbaufirma ISS Insolvenz anmeldete, ist es zu verdanken, dass dies rechtzeitig ans Licht kam.



Quelle: www.innenhafen-portal.de

Was hätte passieren können, wenn der Pfusch nicht entdeckt worden wäre und der Stahlblock auf dem Dach zusammengekracht wäre?

Ein Schweißer, der als Leiharbeiter für ISS arbeitete, berichtet: Aus Zeitgründen seien Stahlträger vor dem Schweißen nicht vorgewärmt worden, wodurch Risse im Material entstehen können. Man habe Hohlräume einfach mit Blechen und Eisen gefüllt.

„Ich habe große Sorgen, dass dieser Stahl irgendwann abreißt und Menschen ums Leben kommen“, schreibt der Arbeiter: „Ich möchte nicht verantwortlich sein für ein Unglück.“ Als er seinen Chef darauf ansprach, war die Antwort: Er werde „fürs Schweißen, nicht fürs Nachdenken bezahlt“.

Wie man sieht, können die Arbeitenden sehr wohl arbeiten und gleichzeitig nachdenken. Ganz anders als diese skrupellosen, profitgierigen Unternehmer, die weder arbeiten… noch (an die Allgemeinheit) denken.

Wollen Sie uns erreichen?
DAS ROTE TUCH - Postfach 10 08 02 - 45008 Essen
E-Mail: das-rote-tuch@gmx.de **Telefon:** 0157 – 76493485